

Rede von Michael Joukov zu den Überschwemmungen in Ulm

Herr Oberbürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Überschwemmungen Ende Mai und Anfang Juni waren für die Betroffenen ein **schwerer Schlag**. Es wurden Häuser in Mitleidenschaft gezogen, deren Bewohnerinnen und Bewohner bis dahin geglaubt haben, in Sicherheit zu sein. Wir können von Glück reden, dass es nicht zu Todesopfern gekommen ist, und danken allen Einsatzkräften sowie dem Ortsvorsteher von Ermingen und den beiden stellvertretenden Ortsvorstehern von Einsingen, die vor Ort waren und die Rettungsarbeiten koordiniert und tatkräftig mitgeholfen haben.

Unser Dank gilt auch der Stadtverwaltung, die dem Antrag meiner Fraktion folgte und das Thema heute **auf die Tagesordnung setzte**. Die Sitzungsvorlage liefert eine sehr aussagekräftige Analyse.

Gleich vorweg: **der Biber war es nicht**. Die verdreckten Abflüsse können auch nicht dazu geführt haben, dass das Wasser von unten hochdrückte. Es ist sehr verlockend, nach einer einfachen Erklärung für alles zu suchen, verlockend, aber in diesem Fall leider nicht zielführend. Auch das zugewachsene Bachbett ist bei einem Wasserstrom, der zentnerschwere Steine wegpülte, gewiss nicht im Weg gewesen.

Es ist nicht mehr zu leugnen, dass der Klimawandel auch in Gestalt von Überschwemmungen zuschlägt. Es wäre nicht belastbar, zu sagen, dass ein konkretes Ereignis direkte Folge des Klimawandels wäre, aber der Klimawandel bewirkt, dass ehemalige „Jahrhundertereignisse“ immer häufiger werden. So ist bereits **das dritte „Jahrhunderthochwasser“** meiner politisch aktiven Zeit – also im Schnitt kommt alle fünf Jahre eines. Daher sollten auch alle Gebäude entsprechend versichert sein.

Darauf müssen wir reagieren. Die gesamte Stadtgesellschaft sollte mehr Anstrengungen unternehmen, damit der Ausstoß an Treibhausgasen reduziert wird. Hier sollte es uns gelingen, im Zuge des Klimaschutzkonzepts spürbare Ergebnisse zu erzielen. Dies würde aber erst langfristig wirken. Was wir kurzfristig tun müssen, ist unsere Bebauung verstärkt unter die Lupe zu nehmen. Ein begrüntes Dach kann viel Wasser aufhalten, und viele begrünte Dächer können den Abfluss zeitlich so weit entzerren, dass es eben nicht zu Überschwemmungen kommt. Ebenso wirken nicht-versiegelte Stellplätze, Zisternen und viele andere Maßnahmen. Um es deutlich zu sagen: solche Bauvorschriften sind keine (Zitat) „sinnlose ideologisch geleitete Bürokratiemonster, die Bürger gängeln und das Bauen verteuern“, sondern ganz **wirksamer und unmittelbarer Hochwasserschutz**. Und auch die Landwirtschaft kann ihren Beitrag leisten – durch Fruchtfolge und leichtere Maschinen mit breiten Reifen, die den Boden weniger verdichten.



Dr. Richard Böker



Michael Joukov



Denise Niggemeier



Lisa-Marie Oelmayer



Sigrid Räkel-Rehner



Birgit Schäfer-Oelmayer



Doris Schiele



Lena Christin Schwalling



Annette Weinreich

Bebauung unter die Lupe zu nehmen, heißt auch, in hochwassergefährdeten Gebieten nur dann Neubauten zuzulassen, wenn der Hochwasserschutz sichergestellt ist. Ölheizungen sind schon per se umweltpolitisch bedenklich, aber im Gebäude mit Blick auf einen Bach hat ein Öltank gar nichts verloren!

Es wird seit dem Hochwasser gefordert, unser Kanalsystem umzubauen. Auch das ist nachvollziehbar, weil es die Lösung schlichthin zu sein scheint, **kann aber nicht zum Erfolg führen**. Selbst wenn uns am Ratstisch heute einfielen, wie wir mehrere 100 Millionen Euro hierfür aufreiben könnten, würde der Bau sich über Jahrzehnte hinziehen – und wenn er fertig ist, mit hoher Wahrscheinlichkeit wieder überholt sein. Dort, wo die begonnene hydrodynamische Untersuchung Engpässe zeigt, müssen wir natürlich nacharbeiten.

Wir müssen Klartext mit unseren Bürgerinnen und Bürgern reden – **einen absoluten Schutz können wir nicht bieten**. Die Ereignisse werden immer lokaler: dass eine Überschwemmung keine 2 Kilometer entfernt von einem fast leeren Regenrückhaltebecken stattfand, macht deutlich, dass es auch nicht möglich oder nicht wirtschaftlich ist, überall ausreichend Rückhaltebecken zu bauen.

Wir können aber und wir müssen auch für mehr Versickerung sorgen, um die Spitzen der Überschwemmung abzufangen und wir müssen überdies dafür sorgen, dass die Gebäude in unserer Stadt **mit Rückstauklappen nachgerüstet werden**. Der Einbau ist zwar Pflicht, aber sie gibt es dennoch nicht überall – hier ist Handlungsbedarf. Es gibt auch Fälle in der Stadt, wo Immobilieneigentümerinnen und –Eigentümer sich keine Nachrüstung leisten können – sei es, dass das fragliche Gebäude von einer Person mit geringem eigenem Einkommen geerbt wurde, sei es, dass beim Bau oder Kauf alle Finanzmittel der fraglichen Familie mobilisiert wurden und keine Reserven mehr da sind. Es sind nicht viele, aber die gibt es. Hier sollten wir überlegen, was für eine Hilfestellung geleistet werden kann, sei es, dass die EBU die Klappe selber einbaut und dann über die Jahre in Rechnung stellt, gewissermaßen als Zinsloses Darlehen, oder auf einem anderen Weg – diese Menschen dürfen wir jedenfalls nicht alleine lassen.

Meine Damen und Herren, **die Ulmerinnen und Ulmer erwarten Antworten**. Es ist zu früh, um einen kompletten Plan zu unterbreiten, aber die Anträge einfach für erledigt zu erklären, greift zu kurz. Diese Debatte sollten wir beim Klimaschutzkonzept weiterführen, aber auch jetzt schon erste Konsequenzen ziehen. **Eigentlich wollte ich an dieser Stelle ein Programm für die Nachrüstung mit Rückstauklappen beantragen und mehr Anstrengungen bei der Gestaltung von Baugebieten anmahnen, um dem Wasser zu ermöglichen, direkt vor Ort zu versickern**. Das ist nicht mehr notwendig, nachdem die Zusage des Oberbürgermeisters und des Baubürgermeisters vorliegt, so zu verfahren, und ich bedanke mich dafür sehr.

Einfach zur Tagesordnung zu übergehen wäre an dieser Stelle falsch. Daher ist es wichtig, dass wir heute schon die ersten Schritte einleiten – und im Herbst werden wir weiter reden.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.